

.....

**Bebauungsplan „Altenwohn- und Pflegeheim Neibsheim, II. Abschnitt“
mit örtlichen Bauvorschriften, Gemarkung Neibsheim
in der Fassung vom 27. FEB. 2018**

.....

**I. Bebauungsplanvorschriften
(Bauplanungs- und grünordnungsrechtliche Festsetzungen)**

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und §§ 1 - 11 BauNVO)

Durch Eintrag im zeichnerischen Teil ist ein reines Wohngebiet nach § 3 BauNVO sowie eine Fläche für den Gemeinbedarf mit der Zweckbestimmung Altenpflegeheim nach § 9 Abs. 1 Nr. 5 BauGB festgesetzt.

Im reinen Wohngebiet WR1 und WR3 sind gemäß § 3 Abs. 2 Nr. 1, Abs. 3 Nr. 2 und Abs. 4 BauNVO folgende Nutzung zulässig:

- Wohngebäude, die der Betreuung und Pflege ihrer Bewohner dienen,
- Anlagen für soziale Zwecke sowie den Bedürfnissen der Bewohner des Gebietes dienende Anlagen für gesundheitliche Zwecke.

Ebenfalls zulässig nach § 12 Abs. 1 BauNVO sind Stellplätze und Garagen.

Unzulässig sind gemäß § 3 Abs. 2 Nrn. 2 und Abs. 3 Nrn. 1-2 BauNVO in den reinen Wohngebieten WR1 und WR3 folgende Nutzungen:

- Anlagen zur Kinderbetreuung, die den Bedürfnissen der Bewohner des Gebiets dienen,
- Läden und nicht störende Handwerksbetriebe, die zur Deckung des täglichen Bedarfs für die Bewohner des Gebiets dienen, sowie kleine Betriebe des Beherbergungsgewerbes,
- Den Bewohnern des Gebiets dienende Anlagen für kirchliche, kulturelle und sportliche Zwecke.

Das reine Wohngebiet WR2 ist den reinen Wohngebieten WR1 und WR3 zugeordnet und dient der Unterbringung von Nebenanlagen, die im funktionalen Zusammenhang mit der dortigen Nutzung stehen sowie nach § 12 Abs. 1 BauNVO Stellplätze und Garagen.

Die Fläche für Gemeinbedarf mit der Zweckbestimmung Altenpflegeheim dient der Unterbringung eines Altenwohn- und Pflegeheims. In dieser Fläche sind alle für den Betrieb eines Altenwohn- und Pflegeheims erforderlichen baulichen Anlagen zulässig.

2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und §§ 16 – 21a BauNVO)

Das Maß der baulichen Nutzung richtet sich nach dem Planeintrag in der Nutzungsschablone. Es wird festgesetzt durch die Grundflächenzahl (GRZ), die Geschossflächenzahl (GFZ), die Anzahl der Vollgeschosse und durch die Höhe der baulichen Anlagen.

2.1. Höhe der baulichen Anlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und §§ 18 BauNVO)

Die Höhe der baulichen Anlagen wird im Bereich WR1 festgesetzt durch die

- Gebäudehöhe (GH, siehe zeichnerischer Teil / Rechtsplan).

Bezugspunkt zur Bestimmung der maximal zulässigen Gebäudehöhe ist das Niveau der Erschließungsstraße (Junkerstraße), gemessen im rechten Winkel in Gebäudemitte.

Bei Flachdächern werden Dachaufbauten bzw. Attiken bei der Berechnung der maximal zulässigen Firsthöhe mitberücksichtigt bzw. auf diese angerechnet.

Im Bereich WR3 ist ein Verbindungsgang zwischen den Gebäuden festgesetzt (Nebenzeichnung). Die lichte Höhe, gemessen zwischen Oberkante Straße und Unterkante der baulichen Anlage, muss über der Verkehrsfläche mind. 4,20 m betragen. Die baulichen Anlagen im Bereich WR3 dürfen die Gesamthöhe von 7,50 m, gemessen ab Oberkante Straße, nicht übersteigen.

3. Bauweise, überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 22, 23 BauNVO)

Im reinen Wohngebiet WR1 ist die abweichende Bauweise festgesetzt. Bei der abweichenden Bauweise ist im Rahmen der offenen Bauweise (seitliche Grenzabstände gem. Landesbauordnung Baden-Württemberg) eine Gebäudelänge von mehr als 50 m zulässig.

Im Bereich WR3 darf in abweichender Bauweise an bauliche Anlagen (ohne Grenzabstand) angebaut werden.

Die überbaubaren Grundstücksflächen werden durch Baugrenzen festgesetzt (siehe zeichnerischer Teil / Rechtsplan). Ein Überschreiten der festgesetzten Baugrenzen mit untergeordneten Bauteilen gemäß § 5 Abs. 6 Landesbauordnung Baden-Württemberg (z. B. Vorbauten) ist gemäß § 23 Abs. 3 BauNVO zulässig.

Zwischen dem Bereich WR1 und dem bestehenden Altenwohn- und Pflegeheim südlich des Plangebiets werden die überbaubaren Grundstücksflächen geschossweise differenziert festgesetzt (siehe Nebenzeichnung – WR3). Im Erdgeschoss ist eine Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung (Wohnstraße) festgesetzt, im 1. Vollgeschoss ist ein Baufenster für einen Verbindungsgang zwischen den beiden Gebäuden festgesetzt.

4. Stellplätze, Carports und Garagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB und § 12 BauNVO)

Stellplätze sind aus wasserdurchlässigem Belag (wassergebundene Decke, Schotterrasen, Rasengittersteine, Pflaster mit mindestens 30 % Fugenanteil, Drainasphalt etc.) herzustellen.

Im Bereich WR2 ist eine Fläche für private Stellplätze, Garagen sowie für Nebenanlagen festgesetzt. Die dort vorhandenen bzw. geschaffenen Stellplätze können auf die nach Landesbauordnung Baden-Württemberg erforderlichen Stellplätze für das Altenwohn- und Pflegeheim angerechnet werden. Stellplätze und Garagen können im WR1 auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen entlang der Junkerstraße errichtet werden.

5. Nebenanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB und § 14 BauNVO)

Nebenanlagen in den Bereichen WR1 und WR2 sind auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig, müssen jedoch zu öffentlichen Verkehrsflächen hin einen Abstand von 2,50 m einhalten.

Von dieser Abstandsregelungen ausgenommen sind Garagen, Carports, Werbeanlagen, Einfriedungen sowie erforderliche Zugänge und Zufahrten.

Nebenanlagen sind in allen Gebieten nur in eingeschossiger Bauweise zulässig.

6. Versorgungseinrichtungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 12 und Nr.13 BauGB)

Das Anbringen von Haltevorrichtungen und Leitungen für Beleuchtungskörper der Straßenbeleuchtungen einschließlich der Beleuchtungskörper und des Zubehörs sowie Kennzeichen und Hinweisschilder sind auf privatem Grund bzw. an den baulichen Anlagen zu dulden.

7. Grünordnerische Festsetzungen

7.1. Private Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und § 178 BauGB)

Auf den privaten Grundstücksfreiflächen sind standortgerechte heimische Bäume, Sträucher und Kletterpflanzen gemäß der Pflanzliste unter Punkt 7.2 zu pflanzen. Nicht standortgerechte Zierpflanzen und sonstige Pflanzen können in geringem Umfang bis maximal 20 % der Pflanzfläche mit eingestreut werden.

Koniferen (z. B. Thuja) sowie Kirschlorbeer sind nicht zulässig. Auch Heckenpflanzungen aus Nadelgehölzen, z. B. aus Tannen und Thuja, oder aus Kirschlorbeer sind entlang aller Grundstücksgrenzen nicht zulässig. Es sind stattdessen heimische frei wachsende Sträucher und Gehölze gemäß nachfolgender Pflanzliste zu verwenden.

Der vorhandene Baum- und Gehölzbestand auf dem Flurstück Nr. 349 ist grundsätzlich zu erhalten. Das Flurstück dient als Übergang vom bebauten Bereich WR1 und der privaten Grünfläche mit der Zweckbestimmung Parkanlage. Bäume und Gehölze, deren Erhalt im Zuge der Bauarbeiten nicht sichergestellt werden kann, sind durch gleichwertige Nachpflanzungen zu ersetzen.

Die private Grünfläche mit der Zweckbestimmung Parkanlage dient als Aufenthalts- und Freizeitfläche für die Bewohner des Altenwohn- und Pflegeheims. Sie ist gärtnerisch zu erhalten und dauerhaft zu pflegen. Die auf dieser Fläche vorhandenen Bäume sind als potenzielle Fledermausleitlinien zu erhalten. Innerhalb dieser privaten Grünfläche mit der Zweckbestimmung Parkanlage sind Wasserflächen, Befestigungen für Wege und Plätze sowie eine Nebenanlage (z. B. Pavillon, Unterstand oder Hütte) mit einem Rauminhalt bis zu 40 m³ zulässig.

7.2. Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

Am nordöstlichen Rand des Baugebietes ist eine private Grünfläche (M1) zum Schutz, zur Pflege sowie zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft ausgewiesen.

Sie ist als Wiese (autochthone, artenreiche Kräuter- und Wiesenmischung, Kräuteranteil mind. 50%) anzulegen und durch eine Bepflanzung mit einheimischen, regional typischen hochstämmigen Streuobstbäumen zu bepflanzen und zur Streuobstwiese zu entwickeln. Es ist eine offene Bodenfläche mit einer Größe von 1m² für erdnistende Bienenarten anzulegen. Pro 200 m² ist ein Gehölz der Pflanzliste anzupflanzen, insgesamt mindestens 10 hochstämmige Streuobstbäume.

Pflege:

- Regelmäßige Mahd der Wiesenfläche (max. zweischürig) je nach Zuwachs (Schnitthöhe mind. 15 cm bei Mahd zwischen März und Oktober). Auf Kreiselmäher ist zu verzichten. Es sind ausschließlich schonende Mähgeräte wie Balkenmäher oder Freischneider zu verwenden. Das Mähgut ist abzufahren. Eine Düngung der Flächen, der Einsatz von Pestiziden sowie der Einsatz von Mulchern sind unzulässig.

Innerhalb dieser Fläche sind jegliche bauliche Maßnahmen und gärtnerische Aktivitäten sowie Freizeitaktivitäten zu unterlassen, die dem Schutzzweck dieser Ausgleichsfläche widersprechen.

Abgängige Gehölze sind durch Nachpflanzungen zu ersetzen. Die Pflanzenauswahl auf der Fläche M1 erfolgt gemäß der folgenden Pflanzliste.

Pflanzliste

Pyrus communis	Birne
Prunus avium	Vogelkirsche
Juglans regia	Walnuss
Malus domestica	Apfel

sowie alle Wildobstarten und hochstämmigen lokalen Obstbaumsorten.

7.3. Pflanzliste

Bäume und Sträucher

Säulenförmige Selektionen einheimischer Baumarten z. B. Buche, Eiche alle heimischen Obstbäume und Obstbeerensträucher sowie

Hainbuche	Carpinus betulus
Säulenhainbuche	Carpinus betulus Fastigiata
Wildapfel	Malus sylvestris
Vogelkirsche	Prunus avium
Mehlbeere	Sorbus aria
Vogelbeere	Sorbus aucuparia
Elsbeere	Sorbus torminalis
Feldahorn	Acer campestre
Speierling	Sorbus domestica
Gemeine Felsenbirne	Amelanchier ovalis
Hainbuche	Carpinus betulus
Roter Hartriegel	Cornus sanguinea
Kornelkirsche	Cornus mas
Haselnuss	Corylus avellana
Eingriffeliger Weißdorn	Crataegus monogyna
Zweigriffeliger Weißdorn	Crataegus laevigata
Pfaffenhütchen	Euonymus europaeus
Rote Heckenkirsche	Lonicera xylosteum
Wildapfel	Malus sylvestris
Schlehe	Prunus spinosa
Wildbirne	Pyrus communis
Gemeiner Kreuzdorn	Rhamnus carthartica
Faulbaum	Rhamnus frangula
Feldrose	Rosa arvensis
Hundsrose	Rosa canina
Essig-Rose	Rosa gallica

Hecht-Rose	Rosa glauca
Mai-Rose	Rosa majalis
Bibernell-Rose	Rosa pimpinelli
Wein-Rose	Rosa rubiginosa
Salweide	Salix caprea
Schwarzer Holunder	Sambucus nigra
Roter Holunder	Sambucus racemosa
Wolliger Schneeball	Viburnum lantana
Gemeiner Schneeball	Viburnum opulus

7.4. Minimierungsmaßnahmen (§ 1a BauGB und § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

- Baum- und Strauchfällungen müssen im Plangebiet außerhalb der Vogelbrutsaison erfolgen, also zwischen Oktober und Februar.
- Der vorhandene Baum- und Gehölzbestand auf dem Flurstück Nr. 349 ist grundsätzlich vollständig zu erhalten. Das Flurstück dient als Übergang vom bebauten Bereich WR1 und der privaten Grünfläche mit der Zweckbestimmung Parkanlage (Flst. Nr. 348). Bäume und Gehölze, deren Erhalt für den Bau des Altenwohn- und Pflegeheims nicht sichergestellt werden kann, sind durch gleichwertige Nachpflanzungen zu ersetzen.
- Um den Oberflächenabfluss und somit auch die Gewässerbelastung zu reduzieren, sind im gesamten Geltungsbereich sowohl die Flächen für Stellplätze als auch die Flächen für die innere Erschließung (insb. Fußwege, befestigte Platzflächen, usw.) aus wasserdurchlässigem Belag (z. B. wassergebundene Decke, Schotterrasen, Rasengittersteine, Pflaster mit mindestens 30 % Fugenanteil, Drainasphalt etc.) herzustellen. Die Barrierefreiheit ist dabei zu gewährleisten.

II. Örtliche Bauvorschriften nach § 74 LBO

A. Geltungsbereich

Die nachfolgenden örtlichen Bauvorschriften gelten für das Gebiet bzw. den Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Altenwohn- und Pflegeheim, II. Abschnitt“, Gemarkung Neibsheim. Für den Geltungsbereich ist der Bebauungsplan (zeichnerischer Teil) maßgebend.

B. Örtliche Bauvorschriften (§ 74 LBO)

1. Äußere Gestaltung der baulichen Anlagen (§ 74 Abs. 1 Nr. 1 LBO)

1.1. Dachform und Dachneigung

Im reinen Wohngebiet WR1 sind für bauliche Hauptanlagen lediglich begrünte Flachdächer mit einer Dachneigung zwischen 0° und 5° zulässig. Eine extensive Begrünung ist ausreichend.

Dächer bis 5° Neigung bei Nebengebäuden sowie Carports und Garagen sind wenigstens extensiv zu begrünen und dauerhaft zu unterhalten.

1.2. Staffelgeschosse

Staffelgeschosse (Geschosse, bei denen die Höhe von 2,3 m über weniger als $\frac{3}{4}$ der Grundfläche des darunterliegenden Geschosses vorhanden ist) sind über den jeweils zulässigen Vollgeschossen unzulässig.

1.3. Nicht überbaute Flächen der bebauten Grundstücke

Die nicht überbauten Flächen der unbebauten Grundstücke müssen Grünflächen sein, soweit diese Flächen nicht für eine andere zulässige Verwendung benötigt werden (vgl. § 9 Landesbauordnung Baden-Württemberg). Dies gilt insbesondere für den rückwärtigen Grundstücksbereich im reinen Wohngebiet WR1, der gärtnerisch anzulegen ist.

2. Einfriedungen, Hecken und Sichtschutzwände (§ 74 Abs. 1 Nr. 3 LBO)

Die Einfriedung des Grundstücks gegenüber privat genutzten Grundstücken sowie gegenüber öffentlichen Verkehrsflächen ist grundsätzlich zulässig. Mit toten Einfriedungen, Hecken und sonstigen Gehölzen ist diesbezüglich das Gesetz über das Nachbarrecht (Nachbarrechtsgesetz – NRG) zu beachten. Die im Nachbarrechtsgesetz geltenden Vorschriften zu Einfriedungen sind auch gegenüber öffentlichen Verkehrsflächen anzuwenden.

3. Geländeänderungen (§ 74 Abs. 3 Nr. 1 LBO)

Die Topografie der Grundstücke ist grundsätzlich zu erhalten. Zur besseren Nutzbarkeit der Freiflächen, z. B. für die Anlage von Freisitzen usw., darf das Grundstück terrassiert werden.

Für Geländevertiefungen gilt § 909 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB).

4. Werbeanlagen und Automaten (§ 74 Abs. 1 Nr. 2 LBO)

Anlagen der Außenwerbung und Automaten sind genehmigungspflichtig und sind bezüglich Position und Größe in die Fassadengestaltung so zu integrieren, dass Struktur und Gliederung der Fassaden erhalten bleiben.

Werbeelemente und Schriften oberhalb der ausgeführten Gebäudehöhe sind unzulässig. Am Gebäude sind 2 Werbeanlagen (z. B. Werbeschriftzüge), außerhalb des Gebäudes ist lediglich eine Werbeanlage (z. B. Aufsteller oder Pylon) zulässig.

5. Abfallbehälter (§ 74 Abs. 1 Nr. 3 LBO)

Standplätze für bewegliche Abfallbehälter sind baulich oder durch Bepflanzungen gegen Einsicht von öffentlichen Verkehrsflächen abzuschirmen. Die Standorte sind im Bauantrag darzustellen.

C. Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne von § 75 Abs. 3 Nr. 2 LBO handelt, wer den örtlichen Bauvorschriften nach Nr. B zuwiderhandelt. Zuwiderhandlungen gegen die örtlichen Bauvorschriften können gem. § 75 Abs. 3 Nr. 2 und Abs. 4 LBO als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden.

III. Hinweise

1. Bodenbelastungen

Bekannte, vermutete sowie gefundene Bodenbelastungen, bei denen Gefahren für die Gesundheit von Menschen, bedeutende Sachwerte oder erhebliche Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes nicht ausgeschlossen werden können, sind der unteren Bodenschutzbehörde zu melden.

2. Umweltschutz

Sollten bei Baumaßnahmen Altablagerungen aufgefunden werden, sind diese den zuständigen Behörden unverzüglich anzuzeigen. Maßnahmen zur Erkundung, Sanierung und Überwachung müssen bei Bedarf zugelassen werden.

3. Schutz des Oberbodens bzw. Unterbodens

Anfallender Erdaushub (getrennt nach Ober- und Unterboden) hat soweit als möglich innerhalb des Plangebietes zu verbleiben und ist dort wieder fachgerecht einzubauen (lt. DIN 18915).

4. Auffüllungen / Aufschüttungen

Soweit im Rahmen der Baumaßnahmen Niveaue Ausgleichsmaßnahmen, Verfüllungen oder Auffüllungen durchgeführt werden, darf nur unbelastet kulturfähiger Bodenaushub zum Einbau kommen. Die Verwaltungsvorschrift des Landes Baden-Württemberg „Verwertung von als Abfall eingestuftem Boden“ vom 14.03.2007 ist dabei zu beachten (VwV Boden). Es dürfen ausschließlich Materialien zum Einbau kommen, die nach der Bundesbodenschutz- und Altlastenverordnung die Vorsorgewerte für Böden bzw. den Zuordnungswert Z 0 nach vorgenannter VwV einhalten.

Zertifizierte Sekundärrohstoffe (Recyclingbaustoffe mit Produktstatus) dürfen nach der Maßgabe des Erlasses des Umweltministeriums Baden-Württemberg über „Vorläufige Hinweise zum Einsatz von Baustoffrecyclingmaterial“ vom 13.04.2004 dort verwertet werden, wo dies bautechnisch notwendig ist und die natürlichen Bodenfunktionen nicht im Vordergrund stehen. Andere Materialien, z. B. Bauschutt, Recyclingmaterial oder Bodenaushub über Z 0 entsprechend VwV Boden, dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des Landratsamtes Karlsruhe, Amt für Umwelt und Arbeitsschutz, zur Auffüllung verwendet werden.

Bei der Herstellung einer durchwurzelbaren Bodenschicht (z.B. gärtnerische Nutzung) sind die Vorsorgewerte der Bundesbodenschutz- und Altlastenverordnung bzw. die Zuordnungswerte 0 (Z o) der vorgenannten VwV für Bodenmaterial einzuhalten.

5. Artenschutzrechtliche Vorschriften

Es wird auf die artenschutzrechtlichen Bestimmungen des seit 01.03.2010 geltenden Bundesnaturschutzgesetzes hingewiesen. Insbesondere zu beachten sind die Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 Nr. 1-4 BNatSchG. Bei Baumaßnahmen sind rechtzeitig durch fachkundige Personen mögliche Vorkommen zu untersuchen und die erforderlichen Artenschutzmaßnahmen durchzuführen.

6. Wasserschutzgebiet „Heidelsheim“

Der gesamte Geltungsbereich des Bebauungsplans liegt in der Schutzzone IIIb des Wasserschutzgebietes „Heidelsheim“ des Landratsamtes Karlsruhe vom 19.11.2015. Die dort erlassenen Bestimmungen und Auflagen sind zwingend zu beachten.

7. Geotechnik

Auf Grundlage der am LGRB vorhandenen Geodaten bilden im nördlichen Teil des Plangebiets holozäne Abschwemmmassen und im südlichen Teil pleistozäne Löss jeweils unbekannter Mächtigkeit den oberflächennahen Bodengrund.

Mit einem oberflächennahen saisonalen Schwinden (bei Austrocknung) und Quellen (bei Wiederbefeuchtung) des tonigen/tonig-schluffigen Verwitterungsbodens ist zu rechnen.

Verkarstungserscheinungen (offene oder lehmgefüllte Spalten, Hohlräume, Dolinen) sind nicht auszuschließen. Sollte eine Versickerung der anfallenden Oberflächenwässer geplant bzw. wasserwirtschaftlich zulässig sein, wird auf das Arbeitsblatt DWA-A 138 (2005) verwiesen und im Einzelfall die Erstellung eines entsprechenden hydrologischen Versickerungsgutachtens empfohlen.

Bei etwaigen geotechnischen Fragen im Zuge der weiteren Planungen oder von Bauarbeiten (z. B. zum genauen Baugrundaufbau, zu Bodenkennwerten, zur Wahl und Tragfähigkeit des Gründungshorizonts, zum Grundwasser, zur Baugrubensicherung) werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen gemäß DIN EN 1997-2 bzw. DIN 4020 durch ein privates Ingenieurbüro empfohlen. Ferner wird darauf hingewiesen, dass im Anhörungsverfahren des LGRB als Träger öffentlicher Belange keine fachtechnische Prüfung vorgelegter Gutachten oder Auszüge daraus erfolgt.

8. Trinkwasserverordnung

Seit dem 01. Januar 2003 gilt die neue Trinkwasserverordnung vom 21. Januar 2001. In der Verordnung werden die künftigen Eigentümer von Hausinstallationen im Sinne des § 3 Abs. 3 zur Einhaltung der allgemein anerkannten Regeln der Technik gemäß § 17 Abs. 1 und 2 verpflichtet.

Die neue Trinkwasserverordnung wurde zwischenzeitlich novelliert, um sie den gestiegenen Anforderungen an Wassergüte und Gesundheitsschutz anzupassen. Bei der Novellierung der Trinkwasserverordnung legt der Ordnungsgeber besonderen Wert auf eine Verschärfung der Regelungen zur Eindämmung der Verunreinigung des Trinkwassers mit Legionellenbakterien, insbesondere im Bereich der Warmwasserversorgung. Aus diesem Grund wurden die Untersuchungspflichten in Bezug auf Legionellen mit der Änderung der Trinkwasserverordnung ausgeweitet.

In der Novelle der Trinkwasserverordnung müssen Trinkwasser – Installationen mit Warmwasser – Großanlagen (Speicherinhalt > 400 Liter und/oder > 3 Liter Leitungsinhalt zwischen Abgang der Trinkwasserwärmanlage und mindestens einer Entnahmestelle) sowie bei vorhandenen Duschen o.ä., bei gewerblicher und öffentlicher Tätigkeit alle drei Jahre auf Legionellenbakterien untersucht werden. Zum 14.12.2012 ist diese Änderung in Kraft getreten.

9. Grundwasser-Wärmepumpenanlagen bzw. Erdwärmegewinnungsanlagen

Der Bau und Betrieb von Grundwasser-Wärmepumpenanlagen bzw. Erdwärmegewinnungsanlagen bedarf einer wasserrechtlichen Erlaubnis (Einzelfallprüfung).